

Die Antworten zu den Wahlprüfsteinen von DIE URBANE NRW

1) Wie positionieren Sie sich zu den Planungen eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen? Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, um das geplante Abschiebegefängnis zu verhindern?

Wir sind ganz klar gegen diese Form im Umgang mit Menschen.

Unser Partei Programm sagt, dass es keine Strafe ist, sich in einem Land aufzuhalten oder die Möglichkeit ergreifen zu wollen. Der Umgang mit Pass, Status und Herkunft in der aktuellen Situation, zeigt auf wie das Ungleichgewicht und das Festhalten von Machtstrukturen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt dazu führen, dass Mensch und Natur ausgebeutet wird.

Jede Stimme die anti-rassistisch, dekolonial und machtkritisch, mit in die Abstimmung in allen Gremien geht, kann solch einen Bau verhindern oder ihn genauestens beobachten, falls nicht mehr hinderbar. Die Breite Gesellschaft ist mit verantwortlich und muss genau deshalb mit in die Verantwortung gezogen werden. Wir können nicht tatenlos zusehen, warten. Wir helfen jetzt schon in verschiedenen Organisationen mit, um Geflüchtete Menschen und ihre Familien zu betreuen. Zuletzt die unfaire Behandlung an der ukrainischen Grenze. Hierfür brauchen wir mehr als ehrenamtlichen Aktivismus, der einmal im Monat eine Demo plant. Unterkunft, Sprachkurse, Ferienbetreuung, Anwälte und Betreuung bei Anträgen und Behördengänge in ganz NRW ausbauen, verstärken und wenn notwendig errichten.

2) Schwere Erkrankungen von Geflüchteten werden nicht ausreichend im Asyl- und Aufenthaltsverfahren berücksichtigt. Wie stehen sie zu Abschiebungen, wie sie derzeit ja stattfinden, von kranken und traumatisierten Geflüchtete? Was wollen sie unternehmen, das diese nicht weiter geschehen?

Wir sind definitiv gegen Abschiebungen. Insbesondere Menschen die bereits auf der Flucht waren oder deren Nachfahren und Angehörigen benötigen auf sie abgestimmte medizinische Versorgung und Nachbetreuung. Medizin und Behandlungen sind hier in Deutschland lediglich auf weiss hetero Mann oder wenn, Frau ausgelegt. Wir fordern daher Forschung und Studien durch unabhängige Institute, die mit Quoten für BIPOC in allen Gremien besetzt sind. Der Bau eines unabhängigen Zentrums für Betreuung, Versorgung und Forschung, anstatt weitere Kriminalisierung durch den Staat, muss vorangetrieben werden.

3) Wie ist ihre Position zu Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen? Wollen sie Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus Arztpraxen und Krankenhäusern verhindern?

Ganz Klar nein, wir wollen das verhindern. In Deutschland müssen alle undokumentierten und illegalisierten Personen legalisiert werden und mit einem Status so ausgestattet werden, dass sie alle Zugänge haben, die ihnen menschenrechtlich zustehen und so dass sie Planungssicherheit haben und die eigene persönliche Entwicklung und Entfaltung stattfinden kann, aber auch eine gesellschaftliche Partizipation ermöglicht ist. Als Menschen, die ständig in Deutschland leben, soll auch das Wahlrecht erteilt werden.

4) Häufig kommt es vor, dass durch Abschiebungen volljährig gewordene Kinder oder einzelne Erziehungsberechtigte abgeschoben und dadurch gewaltsam von ihrer Familie getrennt. Wie stehen sie zu der Praxis, Familien auseinanderzureißen und einzelne Familienmitglieder abzuschieben?

Bewegungsfreiheit als Menschenrecht etablieren – Es gibt keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, warum auf der Welt Menschen unterschiedliche Rechte haben sollten, sich zu bewegen, oder sehr konkret, warum Menschen mit einem deutschen Pass sich beinahe unbegrenzt bewegen dürfen, während die meisten anderen das nicht dürfen. Die Abschottung weißer – in diesem Kontext reicher - Mehrheitsgesellschaften gegen die Einwanderung aus dem sogenannten globalen Süden ist rassistisch und nicht durch das Bedürfnis nach Sicherheit zu erklären, sondern mit dem Sichern kapitalistischer Besitzstände, die sich in Form von Lebensstandard ausdrücken. Grenzsyste me und Visa-Syste me müssen abgeschafft oder so gestaltet werden, dass diese globale rassistische Ungleichbehandlung aufgehoben wird.

5) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass Abschiebungen nicht als Mittel zur Abschreckung oder sonstiger Symbolpolitik instrumentalisiert werden?

Aus der Etablierung von Bewegungsfreiheit als Menschenrecht ergibt sich zwingend, dass koloniale Dominanz, Rohstoff-Raubbau und Klimaungerechtigkeit ausgeglichen werden müssen, und Verteilungsgerechtigkeit global durchgesetzt werden muss – nicht als Ergebnis von langwierigen sogenannten „trickle down economics“ oder einer unsichtbaren (aka weißen) Hand (gemäß Adam Smith), sondern als sehr konkrete Zielgröße. Wie diese gemessen werden kann, an was sie sich ablesen lassen wird und in welchem Rahmen Abweichungen (Varianz) zulässig sein sollten, sind noch zu entwickelnde Parameter. Ein wichtiger Index, der sehr anschaulich macht, warum Migration ein Menschenrecht sein muss, ist der HDI, der Human Development Index. Er bildet vor allem Lebenserwartung ab und Bildungsjahre. Und er zeigt, wie diese Privilegien eines langen Lebens und dem Zugang zu Bildung weltweit verteilt sind. In Nordamerika, Japan, Europa, Australien, Israel, Saudi Arabien und ein paar winzigen Inselstaaten ist die durchschnittliche Lebenserwartung 20 Jahre höher, teilweise bis zu 30 Jahre höher, als bspw. auf dem afrikanischen Kontinent oder in Afghanistan. Wenn das mal kein Anlass ist, zu migrieren.

6) Haft sollte laut Gesetz stets nur als ultima ratio angewandt werden. Gleichzeitig schafft Deutschland immer mehr Plätze für Abschiebehaft und ähnliche Haftarten. Was tut ihre Partei, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Der internationale Gerichtshof muss initiativ Anklage erheben gegen die EU wegen struktureller und wissentlicher andauernder Verletzung von Menschenrechten und 1000-fachen Mordes, Nötigung, Körperverletzung und seelischer Verletzungen, vor allem an Kindern. Hierfür sollen Reparationen und Entschädigungen festgesetzt werden. Diese Praxis muss die EU teuer zu stehen kommen.

7) Seit dem ersten Abschiebungshaftvollzugsgesetz in NRW hat es laut Hilfe für Menschen in Abschiebehaft e.V. eine stete Verschlechterung der Haftbedingungen gegeben. Welche Änderungen streben Sie an? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit unabhängigen Beratungsstellen in der Abschiebehaft gestalten?

Bildungssystem, Forschung und Wissenschaft, Administration, Parlamentarismus, Öffentlicher Raum, Kunst & Kultur, Sport, Gesundheit, Polizei, Justiz, Märkte, Sprache, Denkmuster – überall bedarf es der Forschung zu kolonialer Kontinuität bzw. rassistischer Kontinuität und deren Aner-

kennung und zu antirassistischer Bewegung und Schwarzen Wissensproduktionen; es bedarf der Dekonstruktion und Neugestaltung aller Bereiche so, dass die rassistische und koloniale Kontinuität sichtbar gemacht wird und ihre Wirksamkeit ausgehebelt wird, bzw. ihr entgegen gewirkt wird. In der unmittelbaren Gegenwart muss die Gewaltenteilung als Grundsatz der Demokratie hinterfragt werden. Die Gewalt scheint nicht ausreichend geteilt, die Kontrollfunktionen sind nicht gut durchdacht und das ganze System steht auf einem kolonialen Fundament, was es per definition antidemokratisch macht. Das parlamentarische System muss so umstrukturiert werden, dass es eine Partizipation der globalen Community, die wir bereits sind, ermöglicht, so dass ALLE Perspektiven abgebildet werden, die von der Politik betroffen werden, die in D gemacht wird (nicht nur die von Menschen in Deutschland). Es braucht eine paritätische Abbildung von intersektionalen Perspektiven, unabhängig von deren zahlenmäßiger Anwesenheit und korrespondierend mit dem jeweiligen Referenzrahmen: Gerade für global relevante Diskurse und darauf folgende parlamentarische Entscheidungen muss die Perspektivenvielfalt, die intersektionale Interessenvertretung und die intersektionale interdisziplinäre Expertise gewährleistet werden. Alle derzeit existentiell relevanten Diskurse sind gleichzeitig global relevante: Globale Ökonomische Gerechtigkeit, Gewährleistung von Menschenrechten überall, Klimagerechtigkeit, menschenrechtlich-ethische Gestaltung von technologischem Fortschritt (AI/Bioengineering/Digitalisierung), Entmilitarisierung/Abrüstung/Frieden. Alle Parlamente müssen ab den jeweils nächsten anstehenden Wahlen eine paritätische intersektionale Repräsentation gewährleisten. 50%ige Quoten für FLINTA*, BIPOC, LGBTQIA+, behinderte Menschen, für Altersdiskriminierte (unter 25/über 70) etc. ist absolut unumgänglich. Ein Parlament, das diese Quoten nicht abbildet, ist nicht beschlussfähig. Es soll und muss ja eben die Bevölkerung vertreten. Und wenn es dies nicht tut, dann kann auch kein Beschluß in dessen Vertretung passieren.

8) In NRW wird eine einmalige kostenlose Rechtsberatung in der Abschiebehaf angeboten. Diese führt nicht zu einer Vertretung vor Gericht. Verfahrenskostenhilfe wird erst im Verfahren bewilligt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine qualifizierte Vertretung durch Rechtsanwälte stattfindet?

NRW konzentriert sich darauf AKTIV Hilfe zu leisten. Es bestehen verschiedene Bündnisse und Koalitionen mit NGO's und Organisationen. Wir bauen gerade ein eigenständiges Netzwerk an Anwälten und Vertreter*innen verschiedener Menschenrechtler*innen auf. Daher ist es eben umso wichtig eine anti-rassistische Strategie zu nutzen und mit dem Herzen wählen, denn in dieser Kleinst-Partei sind alle Menschen, die betroffen und privilegiert genug sind um sich aktiv eine Hilfe auf politischer Ebene selbst zu sein. Wir brauchen hierfür Ressourcen, eine davon ist dein Kreuz, denn wir sind Du. Wir bauen, wenn wir eigene Mittel haben Anti Diskriminierungsbüros, Hilfe Centrus und Rechtsbeistand auf.